Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB	
Stellungnahme	Erwiderung / Beschlussvorschlag
Bürger 1: Schreiben vom 20.12.2016	
<p>Änderung des Flächennutzungsplans Gemarkung Werne-Stockum, Flur 9, Flurstück 2036 und Andere</p> <p>Zurzeit ist die genannte Grundstücksfläche im Flächennutzungsplan als Bauerwartungsland eingetragen. Zu Gunsten einer anderen Grundstücksfläche beabsichtigt die Stadt Werne den Flächennutzungsplan so zu ändern, dass diese Grundstücksfläche als Bauerwartungsland gestrichen wird.</p> <p>Uns entstehen dadurch massive wirtschaftliche und baurechtliche Nachteile. Deshalb legen wir hiermit gegen die Änderung des Flächennutzungsplans Widerspruch und Beschwerde ein.</p> <p>Wir bitten Sie um Mitteilung, wie die Stadt Werne die wirtschaftlichen und baurechtlichen Nachteile ausgleichen wird. Ihre Stellungnahme erwarten wir bis zum 15.01.2016.</p>	<p>Der Flächennutzungsplan (FNP) stellt die beabsichtigte Flächennutzung einer Gemeinde in den Grundzügen dar. Der FNP begründet jedoch kein unmittelbares Planungsrecht. Erst auf der Grundlage eines durch den Rat der Gemeinde als Satzung beschlossenen Bebauungsplanes wird verbindliches – auch gegenüber Grundstückseigentümern – Planungsrecht geschaffen. Durch die Änderung des Flächennutzungsplanes wird kein Entschädigungsanspruch eines Grundstückseigentümers gegenüber der Gemeinde ausgelöst.</p> <p>Bei der Aufstellung oder Änderung des FNP hat die Gemeinde die landesplanerischen Vorgaben, wie sie im geltenden Regionalplan enthalten sind, zu beachten. Die Inanspruchnahme von Bauland kann nur in dem Umfang erfolgen, wie der Bedarf nachweisbar ist. Diesen Bedarf hat die Gemeinde mit der Regionalplanungsbehörde abzustimmen. Im Zuge dieser Abstimmung wurde eine Rücknahme der im FNP dargestellten Wohnbauflächen im Norden der Ortslage Stockum zugunsten der Darstellung einer Wohnbaufläche im Süden der Ortslage vorgenommen.</p> <p>Der Änderungsbereich ist weitestgehend von Wohnbebauung umgeben. Aus städtebaulichen Gründen sollen daher hier im Süden der Ortslage im Rahmen einer Arrondierung der bestehenden Wohngebiete weitere Bauflächen für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Dabei stellt die ehemalige Bahntrasse der Werne – Bockum-Höveler-Eisenbahn eine natürliche Zäsur zur angrenzenden Lippeaue dar.</p>

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB	
Stellungnahme	Erwiderung / Beschlussvorschlag
	<p>Eine Entwicklung der im Norden gelegen Flächen, für die die Rücknahme der Wohnbauflächendarstellung erfolgen soll, würde demgegenüber eine Inanspruchnahme von „klassischen“ Freiraumflächen bedeuten. Bereits im Rahmen des im Jahr 2003 vom Stadtrat beschlossenen Stadtentwicklungsprogramms wurden diese Flächen nicht mehr als Erweiterungsflächen für eine zukünftige Siedlungsentwicklung der Ortslage Stockum vorgesehen.</p> <p><u>BESCHLUSSVORSCHLAG:</u> Die Bedenken werden zurückgewiesen.</p>

Von folgenden Behörden und Trägern öffentlicher Belange sind Stellungnahmen eingegangen, die weder Anregungen, Bedenken noch Hinweise enthalten:

- Schreiben der Landwirtschaftskammer vom 22.09.2016
- Schreiben der Thyssengas GmbH vom 22.09.2016
- Schreiben der Amprion GmbH vom 26.09.2016
- Schreiben der RWTH Aachen vom 27.09.2016
- Schreiben der Deutsche Flugsicherung vom 11.10.2016
- Schreiben der Gelsenwasser GmbH vom 11.10.2016
- Schreiben der Telekom Deutschland GmbH vom 12.10.2016
- Schreiben des Landesbetriebs Wald und Holz, Regionalforstamt Ruhrgebiet, vom 13.10.2016
- Schreiben der Bezirksregierung Arnsberg, Dez. 33, vom 17.10.2016
- Schreiben des Lippeverbands vom 20.10.2016
- Schreiben der Westnetz Dortmund GmbH vom 24.10.2016
- Schreiben des Landesbetriebs Straßen NRW, Regionalniederlassung Ruhr, vom 25.10.2016

Eingegangene Stellungnahmen im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (1) BauGB

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB	
Stellungnahme	Erwiderung / Beschlussvorschlag
Beteiligter 1: BUND und NABU, Schreiben vom 18.10.2016	
Wir lehnen die Änderung des Flächennutzungsplanes ab. Unsere Gründe im Einzelnen sind: Bei der geplanten Änderung handelt es sich nicht um eine Abrundung, sondern eine bedeutende Ausdehnung, die zur Isolation des östlich gelegenen Gebietes führt. Der Änderungsbereich ist durch hof- bzw. ortsnahes Grünland gekennzeichnet, das als wichtiges Nahrungshabitat für ein Steinkauzpaar dient. Seit Jahren ist das Vorkommen dieser planungsre-	Der Auffassung, dass die geplante Wohnbauflächendarstellung eine erhebliche Siedlungsflächenausdehnung darstelle, die zu einer Isolation des östlich gelegenen Gebiets führe, wird widersprochen. Sowohl östlich als auch westlich des Änderungsbereichs schließen unmittelbar Wohngebiete an. Im Süden stellt die ehemalige Bahnlinie eine eindeuti-

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB	
Stellungnahme	Erwiderung / Beschlussvorschlag
<p>levanten Art auf einer Obstwiese östlich neben der Hofstelle Schürmann (neben dem Weg zur Eika/ Kirchstraße) bekannt. Hier brütet der Steinkauz in alten Kopfweiden.</p> <p>Der geplante Änderungsbereich ist funktional diesem Steinkauzrevier zuzuordnen. Mit Umsetzung des Bebauungsplans wird das Steinkauzhabitat erheblich in wesentlichen Teilen beeinträchtigt, so dass mit der Aufgabe dieses Brutreviers zu rechnen ist. Daher ist die Artenschutzprüfung vertiefend auch im unmittelbaren Umfeld des geplanten Änderungsbereichs durchzuführen. Erst danach kann beurteilt werden, ob Verbotstatbestände der §§ 44 ff. des BNatSchG ausgelöst werden und ggf. spezifische Artenschutzmaßnahmen erforderlich sind.</p>	<p>ge Trennung zum freien Landschaftsraum dar. Es handelt sich somit um eine Abrundung des vorhandenen Siedlungsbereichs.</p> <p>Die östlich benachbarte Hofanlage Schürmann (die landwirtschaftliche Nutzung ist weitestgehend aufgegeben) bleibt einschließlich des hofnahen Freiraums erhalten. In dem aus der 32. Änderung des Flächennutzungsplanes entwickelten Bebauungsplan 51 A „Am Eikawäldchen“ wird westlich des Hofes Schürmann eine private Grünfläche festgesetzt. Der vorhandene Baumbestand westlich des Hofes bleibt somit erhalten. Darüber hinaus erfolgt die Anlage eines Feldgehölzes westlich des Hofes, so dass eine deutliche naturräumliche Zäsur zwischen der Hofanlage und dem neuen Wohngebiet entsteht.</p> <p>Der Hinweis, dass östlich der Hofstelle Schürmann auf einer Obstwiese der Steinkauz in alten Kopfweiden brütet, wird beachtet. Die Artenschutzprüfung wird dementsprechend ergänzt. Die Flächen im Änderungsbereich der FNP-Änderung werden bislang als Grünfläche genutzt und stellen damit für den Steinkauz ein Nahrungshabitat in unmittelbarer Nähe zum Brutstandort dar. Es gibt in der Lippeaue noch weitere für den Steinkauz geeignete Nahrungshabitate. Ob hier allerdings bereits andere Steinkauzpaare Reviere besetzt haben, muss im Rahmen einer Artenschutzprüfung Stufe II geklärt werden.</p> <p>Da durch das Vorhaben die Auslösung von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen nicht ausgeschlossen werden kann, ist eine entsprechende Untersuchung des Steinkauzes erforderlich; ggf. können vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) erforderlich werden.</p>

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB	
Stellungnahme	Erwiderung / Beschlussvorschlag
	<p><u>BESCHLUSSVORSCHLAG:</u> Der Anregung auf Ausweitung der artenschutzrechtlichen Untersuchung im Hinblick auf die planungsrelevante Art Steinkauz wird gefolgt.</p>
<p>Unbebaute Böden haben als CO₂-Senken (insbesondere unter Grünland- oder Wald) mit ihrem hohen Anteil unterirdischer Wurzel-/ Biomasse wichtige Funktionen und leisten damit einen wesentlichen Beitrag, um die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern. Mit einer Bebauung verliert der Boden diese Funktionen.</p> <p>Aus Gründen des Landschafts- und Artenschutzes aber auch im Hinblick auf eine komplexe Umweltvorsorge, lehnen wir die Änderung des Flächennutzungsplanes, um hiermit die Aufstellung eines Bebauungsplanes, ab.</p>	<p>Die Inanspruchnahme bislang unbebauter Flächen erfolgt nur in dem für die Deckung des mittelfristigen örtlichen Wohnbedarfs erforderlichem Maße. Die Planung erfüllt die Forderung gem. § 1a BauGB, mit Grund und Boden schonend umzugehen. Es werden keine Flächen für wohnbauliche Zwecke in Anspruch genommen, die über den nachweisbaren Wohnbauflächenbedarf hinausgehen. Im Zuge der 32. Änderung wird zur Anpassung an die Bedarfssituation ein ca. 3 ha als Wohnbaufläche dargestellter Bereich im Norden der Ortslage Stockum „herausgenommen“ und wieder als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Demgegenüber umfasst der neu im FNP dargestellte Bereich westlich Hof Schürmann eine Fläche von ca. 2,1 ha. Es kommt somit zu einer Reduzierung der planerisch ausgewiesenen Wohnbauflächen.</p> <p><u>BESCHLUSSVORSCHLAG:</u> Die Bedenken hinsichtlich der Darstellung einer Wohnbaufläche westlich des Hofes Schürmann werden zurückgewiesen.</p>
<p>Bitte geben Sie den anerkannten Naturschutzverbänden und dem Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen die Entscheidung im Verfahren bekannt. Das Landesbüro ist zur Entgegennahme dieser Entscheidung durch die anerkannten Naturschutzverbände bevollmächtigt.</p>	<p>Das Landesbüro wird im weiteren FNP-Änderungsverfahren sowie auch im Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans 51 A beteiligt. Über die Entscheidung des Stadtrates wird die Behörde entsprechend informiert.</p> <p><u>BESCHLUSSVORSCHLAG:</u> Die Anregung wird berücksichtigt.</p>

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB	
Stellungnahme	Erwiderung / Beschlussvorschlag
Beteiligter 2: Geologischer Dienst NRW, Schreiben vom 05.10.2016	
<p>Baugrund, Boden und Wasser: Der Baugrund ist grundwasserbeeinflusst. Die Ergebnisse des Gutachtens zur Gefährdungsabschätzung und der Versickerungsfähigkeit des Baugrundes durch das Büro GeoConsult Dülmen, Stand 25.10.2015, sind zu beachten. Zu Kap. 11.2.3.4 Schutzgut Boden (Umweltbericht, Seite 29, Stand 11.06.2016, ARCHPLAN STADTENTWICKLUNG GmbH):</p> <p>Innerhalb des Plangebietes sind keine Podsol - Braunerden oder Parabraunerden betroffen, wie in Kapitel Schutzgut Boden beschrieben Böden wird, sondern Grundwasserböden, welche druckempfindlich sind.</p>	<p>Die nebenstehenden Hinweise des Geologischen Dienstes NRW werden beachtet, der Umweltbericht wird in Kap. 11.2.3.4 entsprechend korrigiert.</p> <p><u>BESCHLUSSVORSCHLAG:</u> Die Hinweise werden beachtet.</p>
<p>Schutz des Mutterbodens nach § 202 BauGB:</p> <p>Die aktuelle Flächennutzung ist extensives Grünland. Der Oberboden unter Grünland besitzt hier eine besondere Mutterbodenqualität und Naturnähe, da hier eine Vielfalt an Bodenkleinstlebewesen leben (hohe Bodenbiodiversität), welche für die Humusproduktion verantwortlich sind (Klimafunktion).</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Schutz des Mutterbodens ist zu beachten. Baubedingte mechanische Beeinträchtigungen des Oberbodens sind grundsätzlich durch fachgerechten Umgang gemäß DIN 18915 zu minimieren. 2. Die zur Versickerung vorgesehenen Böden (Grünflächen) dürfen nicht befahren oder als Lagerfläche genutzt werden (Verdichtungsgefährdung durch Druck). 	<p>Der Schutz des Mutterbodens ist gesetzlich verankert. Betroffen ist eher der Bereich der Baustellenlogistik. Diese ist nicht Regelungsgegenstand der FNP-Änderung. <u>Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.</u></p>

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB	
Stellungnahme	Erwiderung / Beschlussvorschlag
Beteiligter 3: Kreis Unna, Stabsstelle Planung und Mobilität, Schreiben vom 13.10.2016	
<p>Aus Sicht des Bodenschutzes und der Altlastenbearbeitung bestehen derzeit Bedenken gegen die 32. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Werne.</p> <p>Aus Sicht der Altlastenbearbeitung sind die bisher durchgeführten Untersuchungen nicht ausreichend um das Gefährdungspotential der dort erfassten Altlastenverdachtsflächen beurteilen zu können. Daher sind Detailuntersuchungen im Bereich der erfassten Altlastenverdachtsflächen von einem Altlastensachverständigen durchzuführen. Die Rammkernsondierungen stellen nur einen punktuellen Untersuchungsbereich dar. Somit ist es sehr schwierig den Bereich des verfüllten Grabens und auch des verfüllten Teiches bei den Untergrunduntersuchungen zu erfassen. Ich empfehle die noch erforderlichen Untersuchungen mit Hilfe von Baggerschürfen durchzuführen. Die Vorgehensweise der noch ausstehenden Untersuchungen ist im Vorfeld mit dem sachverständigen Gutachter und mir abzustimmen.</p> <p>Erst nach Vorlage der weiteren Untersuchungsergebnisse kann eine abschließende Stellungnahme aus Sicht der Altlastenbearbeitung abgegeben werden.</p>	<p>Die geforderten Detailuntersuchungen im Bereich der erfassten Altlastenverdachtsflächen werden im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes 51 A „Am Eikawäldchen“ durchgeführt. Der hierfür beauftragte Altlastensachverständige stimmt den Untersuchungsumfang mit der unteren Bodenschutzbehörde beim Kreis Unna ab. Die Ergebnisse der Untersuchung werden dem Kreis Unna vor der Offenlage des Bebauungsplanes zur Beurteilung vorgelegt.</p> <p><u>BESCHLUSSVORSCHLAG:</u> Der Anregung wird gefolgt.</p>
<p>Aus wasserwirtschaftlicher Sicht teile ich Ihnen mit, dass sich im Plangebiet keine Oberflächengewässer, die durch die Planung beeinträchtigt werden können, befinden. Gleichzeitig steht in diesem Bereich jedoch oberflächennah Grundwasser an. So haben Messungen im September 2014 ergeben, dass in dem geplanten Baugebiet Flurabstände zwischen</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB	
Stellungnahme	Erwiderung / Beschlussvorschlag
<p>0,5 und 1,70 vorliegen. Die Böden innerhalb des Gebietes weisen hierbei eine geringe bis mittlere Grundwasserneubildungsfunktion (kf-Wert der aufliegenden Feinsande 10-4 bis 10-5), bei einem geringen Grundwasserangebot (wasserundurchlässige Mergelschicht im Schnitt in einer Tiefe zwischen 2,0 und 2,7 Metern) und einer geringen Grundwasserschutzfunktion (obere Grenze der Grundwasserschwankungszone bei ca. 70 bis 80 cm) auf.</p> <p>Nach Aussagen von Herrn Boecker soll das Niederschlagswasser aus dem Baugebiet Am Eikawäldchen in einen Staukanal abgeleitet werden, sodass ein Konzept für die Niederschlagsentwässerung vorliegt, welches weiter verfolgt werden kann.</p> <p>Aus wasserrechtlicher Sicht bestehen hierbei keine grundsätzlichen Bedenken gegen den Ersatz des Baugebiets „Stockum Nord“ durch das Baugebiet „Am Eikawäldchen – Schürmann, Stockum Süd“.</p>	
<p>Ich rege jedoch an, dass die Wasseranlagen auf dem Gelände der Panhoff-Stiftung nicht als Flächen für die Landwirtschaft dargestellt werden sollten, weil östlich des Panhoffwegs ein Fließgewässer ist und sich insofern eine Darstellung als Grünfläche gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 5 BauGB oder Fläche für die Natur gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB eher anbietet.</p>	<p>Die Wasseranlagen auf dem Gelände der Panhoff-Stiftung mit dem RRB werden nicht landwirtschaftlich genutzt. Eine Darstellung dieser Flächen als Grünfläche ist daher zweckentsprechend.</p> <p><u>BESCHLUSSVORSCHLAG:</u> Der Anregung wird gefolgt.</p>
<p>Des Weiteren rege ich an, das Kapitel 9.2.3.5 im Umweltbericht zu überarbeiten und detaillierter zu beschreiben. Bisher wird die Bedeutung des Grundwasserhaushalts im geplanten Baugebiet Eikawäldchen Schürmann, Stockum-Süd lediglich anhand der geringen Eignung der Böden für die Versickerung bewertet.</p> <p>Diese kommt jedoch dadurch zustande, dass sich die anstehenden,</p>	<p>Entsprechend dem nebenstehend dargelegten Sachverhalt, wird das Kapitel 9.2.3.5 im Umweltbericht überarbeitet und der Belang des Grundwasserschutzes deutlicher herausgestellt.</p>

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB	
Stellungnahme	Erwiderung / Beschlussvorschlag
<p>mehrheitlich in den oberen Horizontschichten vorhandenen – und somit durchaus eine geringe bis mittlere Grundwasserdurchlässigkeit und Speicherfunktion aufweisenden – Feinsande über verhältnismäßig oberflächennah anstehenden Schichten von Lehmen und Tonmergelgesteinen befinden. Durch diese geologische Ausprägung des Gebietes treten nach unten stauende Schichten auf, die zugleich einem Bau von Versickerungsmulden Durchlässigkeitsgrenzen setzen, wie zu einer oberflächennahen Speicherung bzw. einem oberflächennahen Abfluss des Grundwassers führen. Der oberflächennahe Grundwasserstand führt hierbei wiederum dazu, dass bei einer oberflächennahen Errichtung einer Versickerungsmulde durch das hoch anstehende Grundwasser in diesem keine hinreichende dicke Filterschicht für das Grundwasser belassen werden kann und somit keine hinreichende Grundwasserschutzfunktion mehr sichergestellt werden kann.</p> <p>Der aus der geringen Eignung der Böden für die Versickerung hergeleitete Zusammenhang dass keine nachhaltigen Auswirkungen auf den Grundwasserhaushalt zu erwarten sind, weil auf den Flächen das Grundwasser nicht weiter in tiefere geologische Schichten sickert, sondern oberflächennah gespeichert wird oder abfließt, lässt sich aufgrund der oben erläuterten Geländesituation somit nicht in der genannten Weise fachlich herleiten.</p>	<p><u>BESCHLSSVORSCHLAG:</u> Der Anregung wird gefolgt.</p>
<p>Beteiligter 5: LWL – Archäologie für Westfalen, Schreiben vom 12.06.2015</p>	
<p>Die Planung betrifft den, während der gesamten Ur- und Frühgeschichte intensiv besiedelten Hellwegraum, der im Fachbeitrag „Kulturlandschaftsentwicklung“ zum Landesentwicklungsplan (LEP) 2007 als „Landesbedeutsamer bzw. Bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich“ deklariert wurde.</p>	<p>Die nebenstehend dargelegten Belange der Bodendenkmalpflege werden beachtet. Im Vorfeld zur Offenlage des Bebauungsplans 51 A wird ein Abstimmungstermin erfolgen, in dem Ausmaß und Rahmen der erforderlichen Untersuchung der archäologischen Belange mit dem LWL</p>

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB	
Stellungnahme	Erwiderung / Beschlussvorschlag
<p>Zudem liegt das Plangebiet unweit der Lippe und auch der Werthbach ist nicht weit entfernt, was als siedlungsbegünstigender Faktor zu werten ist – bei Gewässern handelt es sich generell um einen wichtigen Kristallisationspunkt während der gesamten Ur- und Frühgeschichte in deren Nähe bevorzugt gesiedelt wurde.</p> <p>So sind auch aus der Umgebung der Planungsfläche bereits einige archäologische Fundstellen bekannt (vgl. beigegebene Kartierung). Dabei handelt es sich um steinzeitliche, neolithische und mittelalterliche Le-sefundstellen, eine Kapelle, das Haus Stockum sowie das zweite Haus Stockum. Die steinzeitlichen, neolithischen und mittelalterlichen Fundstellen und Ihre Verteilung, lassen auf das Vorhandensein eines größeren Siedlungskomplexes dieser Epochen schließen, der sich vermutlich bis in den Planbereich ausdehnt.</p> <p>Zudem ist in der Preußischen Uraufnahme innerhalb des Plangebietes ein Gebäude verzeichnet (vgl. beigegebenen Ausschnitt aus der Preußischen Uraufnahme), von dem sich vermutlich noch Reste im Boden erhalten haben. Somit liegen im Plangebiet nach dem DSchG NW Vermutete Bodendenkmäler.</p> <p>Der Begriff der "Vermuteten Bodendenkmäler" ist im Rahmen der Gesetzesänderung im Sommer 2013 in das DSchGNW aufgenommen worden. Gem. § 3 Abs. 1 Satz 4 DSchG NW sind diese bei öffentlichen Planungen und Maßnahmen (§ 1 Abs. 3 Satz 1 DSchG NW) genauso zu behandeln wie eingetragene Bodendenkmäler.</p> <p>Somit ist das Plangebiet vor einer Bebauung durch Baggersondagen näher zu überprüfen, um Erhaltung und Ausdehnung bzw. Abgrenzung der</p>	<p>detailliert abgestimmt und geregelt werden.</p> <p><u>BESCHLSSVORSCHLAG:</u> Der Anregung wird gefolgt.</p>

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB	
Stellungnahme	Erwiderung / Beschlussvorschlag
zunächst vermuteten Bodendenkmäler – und damit auch die Relevanz für das weitere Verfahren – zu klären. Diese Baggersondagen gehen aufgrund des in das DSchG NW aufgenommenen „Veranlasserprinzips“ zu Lasten des Vorhabenträgers und müssen von einer archäologischen Fachfirma durchgeführt werden. Diese Sondagen bedürfen zudem einer Grabungserlaubnis der Oberen Denkmalbehörde (vgl. § 13 DSchG NW).	
Beteiligter 5: PLEdoc GmbH, Schreiben vom 23.09.2016	
<p>Mit Bezug auf Ihr Schreiben teilen wir Ihnen mit, dass in dem von Ihnen angefragten Bereich keine von uns verwalteten Versorgungsanlagen vorhanden sind.</p> <p>Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden. Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.</p> <p>Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.</p>	<p>Die Behörde wird sowohl im weiteren Änderungsverfahren FNP als auch bei der Aufstellung des Bebauungsplans im Rahmen der jeweiligen Verfahrensschritte beteiligt. Insofern ist sichergestellt, dass auch bei der Festlegung einer Ausgleichsfläche geprüft werden kann, ob die Belange der PLEdoc GmbH betroffen sind.</p> <p><u>BESCHLUSSVORSCHLAG:</u> Der Hinweis wird beachtet.</p>
Beteiligter 6: Telefonica Germany GmbH, Schreiben vom 21.10.2016	
Aus Sicht der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG sind nach den einschlägigen raumordnerischen Grundsätzen die folgenden Belange bei der weiteren Planung zu berücksichtigen, um erhebliche Störungen be-	Eine Beeinträchtigung der Telekommunikationslinien durch die Planung eines Wohngebiets kann ausgeschlossen werden, da nach den Festsetzungen des im Parallelverfahren aufzustellenden B-Plans 51 A „Am

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB	
Stellungnahme	Erwiderung / Beschlussvorschlag
<p>reits vorhandener Telekommunikationslinien zu vermeiden:</p> <p>Es verlaufen 10 unserer Richtfunkverbindungen innerhalb der zu untersuchenden Plangebiete.</p> <p>Folgende Gebiete / Standorte sind betroffen: Plangebiet 1 und Plangebiet 2.</p> <p>Man kann sich diese Telekommunikationslinien als horizontal über der Landschaft verlaufende Zylinder mit einem Durchmesser von rund 20-60m (einschließlich der Schutzbereiche) vorstellen (abhängig von verschiedenen Parametern). Bitte beachten Sie zur Veranschaulichung die beiliegenden Skizzen mit Einzeichnung der Trassenverläufe. Alle geplanten Masten, Rotoren und allenfalls notwendige Baukräne oder sonstige Konstruktionen dürfen nicht in die Richtfunktrassen ragen und müssen daher einen horizontalen Schutzkorridor zur Mittellinie der Richtfunkstrahlen von mindestens +/- 30 m und einen vertikalen Schutzabstand zur Mittellinie von mindestens +/- 20m einhalten. Bitte beachten Sie diesen Umstand bei der weiteren Planung Ihrer Windkraftanlagen.</p> <p>Wir bitten um Berücksichtigung und Übernahme der Richtfunktrassen einschließlich der geschilderten Schutzbereiche in die Vorplanung und in die zukünftige Bauleitplanung bzw. den zukünftigen Flächennutzungsplan. Innerhalb der Schutzbereiche (horizontal und vertikal) sind entsprechende Bauhöhenbeschränkungen festzusetzen, damit die raumbedeutsamen Richtfunkstrecken nicht beeinträchtigt werden.</p>	<p>Eikawäldchen“ lediglich eine zweigeschossige Bebauung mit einer max. Firsthöhe von 12,50 m zulässig ist. Wie der nebenstehenden Stellungnahme zu entnehmen ist, beziehen sich die Hinweise auf die Planung von Windkraftanlagen. Diese sind jedoch nicht Gegenstand der 32. FNP-Änderung. Eine Übernahme der Richtfunktrassen in den Flächennutzungsplan erfolgt nicht.</p> <p><u>BESCHLUSSVORSCHLAG:</u> Die Hinweise werden zurückgewiesen.</p>

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB	
Stellungnahme	Erwiderung / Beschlussvorschlag
Beteiligter 7: Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 „Bergbau und Energie in NRW“, Schreiben vom 06.10.2016	
<p>Der Planungsbereich liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld "Werne", sowie über der auf Kohlenwasserstoffe erteilten Bewilligung "Heinrich Gas".</p> <p>Eigentümerin des Bergwerksfeldes "Werne" ist die RAG Aktiengesellschaft, Shamrockring 1 in 44623 Herne. Inhaber der Bewilligung "Heinrich Gas" ist die Mingas-Power GmbH, Rüttenscheider Str. 1-3 in 45128 Essen.</p> <p>Über zukünftige bergbauliche Maßnahmen im Bereich der Planung ist hier nichts bekannt. Zu möglichen bergbaulichen Einwirkungen aus dem umgegangenen Bergbau oder zukünftigen bergbaulichen Planungen sowie diesbezüglich erforderlichen Anpassungs- oder Sicherungsmaßnahmen sollte der Feldeseigentümer grundsätzlich um Stellungnahme gebeten werden. Nach den derzeit hier derzeit vorliegenden Unterlagen ist im Planungsbereich kein heute noch einwirkungsrelevanter Bergbau verzeichnet. Mit bergbaulichen Einwirkungen auf den Planungsbereich ist danach nicht zu rechnen.</p>	<p>Die Feldeseigentümer RAG Aktiengesellschaft und Mingas Power GmbH wurden im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung beteiligt und haben keine Anregungen vorgetragen. Zudem erfolgt auch im weiteren Planverfahren sowie bei der Aufstellung des Bebauungsplans 51 A eine Beteiligung der Eigentümer des Bergwerksfeldes.</p> <p><u>BESCHLUSSVORSCHLAG:</u> Der Hinweis wird beachtet.</p>
Beteiligter 8: Westnetz GmbH Recklinghausen, Schreiben vom 21.10.2016	
<p>Mit Bezug auf Ihr Schreiben vom 21.09.2016 teilen wir Ihnen mit, dass sich in dem Planbereich Gasversorgungsleitungen und Stromversorgungsleitungen, jedoch keine Hochspannungsleitungen (Strom) und keine Hochdruckleitungen (Gas) unseres Unternehmens befinden.</p>	<p>Die angesprochenen Gas- und Stromversorgungsleitungen befinden sich außerhalb des Plangebiets. Änderungen oder Umlegung von Versorgungsleitungen sind nach derzeitigem Planungsstand nicht zu erwarten. Die Westnetz GmbH wird am weiteren Planverfahren beteiligt und</p>

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB	
Stellungnahme	Erwiderung / Beschlussvorschlag
<p>Der Verlauf der Gasversorgungsleitungen und der Stromversorgungsleitungen ist aus den beigefügten Planunterlagen zu ersehen. Diese Pläne dürfen nicht zur Bauausführung, sondern nur zu Planungszwecken verwendet werden.</p> <p>Die Unterlagen sind nur für die vorgesehene Maßnahme bestimmt und dürfen nicht an Dritte weitergegeben werden. Wir bitten Sie, Ihren Vertragsunternehmer auf seine Erkundigungspflicht hinzuweisen. Auskunft über Kabel- und Leitungslagen erteilt die Westnetz GmbH in 45661 Recklinghausen, Bochumer Str. 2.</p> <p>Zu den im Zuständigkeitsbereich des Regionalzentrums Recklinghausen befindlichen Gas- und Stromversorgungsleitungen nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes und der Änderung des FNP bestehen unsererseits keine Bedenken. Änderungen oder Erweiterungen unserer Anlagen im Bereich Ihrer Maßnahmen sind zurzeit nicht geplant. Sollten im Zuge Ihrer Planungen Umlegungen oder Anpassungen unserer Anlagen erforderlich werden, bitten wir um frühzeitige Information.</p> <p>Diese Stellungnahme ergeht im Auftrag der innogy Netze Deutschland GmbH als Eigentümerin der Anlagen.</p>	<p>die Pläne nur zu Planungszwecken verwendet. <u>Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.</u></p>